



Prof. Dr. jur. Kurt Biedenkopf  
28. Januar 1930. Deutscher Politiker  
(CDU). Geboren in Ludwigshafen, auf-  
gewachsen in Schkopau. Nach Abitur  
1949 Stipendiat in North Carolina.  
1951–1954 Studium der Rechtswissen-  
schaften und Volkswirtschaft in  
München, Frankfurt und Washington.  
1958 Dr. jur., 1963 Habilitation.  
1964–1970 Ordinarius für Handels-,  
Wirtschafts- und Arbeitsrecht in  
Bochum. Hier 1967–1969 auch Rektor.  
1971–1973 Geschäftsführer in der  
Henkel GmbH, Düsseldorf.  
1973–1977 Generalsekretär der CDU,  
1977–1980 MdB und nachfolgend zahl-  
reiche weitere politische Funktionen  
insbesondere in der CDU und in  
Nordrhein-Westfalen. 1990–2002  
Ministerpräsident des Freistaates  
Sachsen. 2003 Leiter der Dresden  
International University.

## Kurt Biedenkopf

*Ministerpräsident a. D.*

„Was nun Deutschland –  
Wie gewinnen wir unsere Stärke zurück?“

Sehr verehrter Herr Erster Bürgermeister!  
Sehr geehrter Herr von Foerster!  
Sehr geehrter Herr Putzier!

Ich möchte, ehe ich meinen Festvortrag beginne, dem Verein Hamburger Exporteure sehr herzlich zum 100-jährigen Geburtstag gratulieren, Herr Putzier.

Ich möchte Ihnen auch ganz persönlich sagen – und das sage ich auch gern den anderen beiden Herren, die ich begrüßt habe –, dass für mich ein besonderer Reiz dieser Stadt darin liegt, dass sie in der Weise mit der Welt verbunden ist, wie sie verbunden ist. Und die Hamburger Exporteure sind eines der wichtigsten Bindeglieder. Herr von Foerster und ich haben auf dem Weg hierher über die Offenheit dieser Stadt gesprochen und über den Umstand, dass Hamburger eher induktiv, das heißt von der Empirie und von der Notwendigkeit der Dinge ausgehen als von ihrer institutionellen Ordnung. Das hat mich in Hamburg immer sehr beeindruckt. Wenn man diese Nähe zwischen Stadt und Wirtschaft sieht, die in Hamburg fast selbstverständliche Partnerschaft zwischen Politik und Wirtschaft, dann kann man verstehen, was diese Stadt immer wieder zu einer besonders herausragenden Stadt und zu einem Beispiel für das macht, was uns jetzt im Folgenden beschäftigen soll.

„Wie gewinnen wir unsere Stärke zurück?“ ist die Frage, die nach der vorausgehenden Frage „Was nun, Deutschland?“ steht. Ich beschränke mich auf den zweiten Teil: „Wie gewinnen wir unsere Stärke zurück?“ Erlauben Sie mir, dass ich Ihnen zu Beginn einige wenige Sätze dazu sage, wie diese Stärke nach meiner Auffassung zurückgewonnen werden kann, um dann darüber zu handeln, was im Einzelnen zu bedenken und zu tun ist. Wie gewinnen wir unsere Stärke also zurück? Zunächst, indem wir uns auf unsere Stärken besinnen und nicht ständig von unseren Problemen reden und über deren Nichtbewältigung klagen, indem wir uns entschließen, diese Stärken zu aktivieren und einzusetzen, indem wir im Gedeihen unseres Landes und seiner Bewohner ein gemeinsames Ziel sehen und uns für dieses Ziel engagieren, indem wir in unsere Vorstellungen von der Zukunft unseres Landes die nachwachsenden Generationen einbeziehen, gewissermaßen ihre Anwälte sind und uns dabei auf die Erfahrungen unserer Vorfahren stützen, indem wir der Freiheit und der Verantwortungsfähigkeit der Bürger mehr vertrauen und vor allen Dingen mehr zutrauen als staatlichen und öffentlichen Strukturen, indem wir gemeinsam an einer freien und verantwortungsfähigen Bürgerschaft arbeiten und nicht nur von ihr reden, und indem wir uns – uns! – und unsere Mitmenschen fordern und sie nicht nur fördern. Mit einem Wort, meine sehr verehrten Damen und Herren: Es kommt auf uns selbst an, nicht auf irgendjemand anders, insbesondere nicht nur auf Politik und Staat. Ob Deutschland seine Stärken zurückgewinnt, das entscheiden wir, das entscheiden Sie mit, und zwar ganz maßgeblich, in Hamburg, in München, in Köln, in Berlin, in Stuttgart, in Dresden, überall in diesem Land. Und nur darin, wenn wir uns jetzt nicht nur einen Ruck geben, sondern wie Herr von Foerster sagte – rütteln, wenn wir uns gemeinsam entschließen, dies zu unser aller Sache zu machen, und zwar nicht nur im jeweiligen beruflichen Bereich, sondern darüber hinaus, nur dann kann das gelingen, was wir alle gemeinsam für unerlässlich halten.

Wovon müssen wir ausgehen? Auf dem Weg hierher konnte man mehrere Schlagzeilen lesen, die mich – was Sie vielleicht überrascht – insgesamt optimistisch gestimmt haben. Eine Schlagzeile verkündete: „Generalstreik in Österreich gegen die Regierung Schüssel“. Der Grund ist: Die Regierung Schüssel will die Renten reformieren. Eine zweite Meldung berichtet, dass

die Gewerkschaften das Gespräch mit dem Bundeskanzler verweigern. Sie sind nicht bereit, mit dem Bundeskanzler über seine Agenda 2010 zu sprechen. Die dritte Meldung befasst sich mit dem Umstand, dass die Lohnnebenkosten weiter steigen, die Rente damit teurer wird und die Krankenversicherung teurer wird.

Die ersten beiden Meldungen zeigen mir, dass etwas ins Wanken kommt, das uns in den vergangenen Jahren daran gehindert hat, die Dinge in Deutschland voranzutreiben: ein großes und mächtiges Kartell, an dem Arbeitgeber, Gewerkschaften und Staat gemeinsam beteiligt sind. Das Kartell eines längst die Grenzen des sozialen Rechtsstaates sprengenden Sozialstaats. Aber es ist nicht das einzige Kartell, das uns in Deutschland am Handeln und daran hindert, unsere Stärke zurückzugewinnen.

Wenn wir etwas ändern wollen, müssen wir uns deutlich machen, dass die Probleme, mit denen wir es heute zu tun haben, nicht in den letzten Jahren entstanden sind. Die Defizite, die der Bürgermeister aufzählt, sind die Ergebnisse von Entwicklungen, die bis in die Anfänge der siebziger Jahre zurückreichen. Sie haben dort ihren Ausgangspunkt. Die Entwicklung seit dem ist nicht ohne innere Schlüssigkeit. Ausgelöst wurden sie durch die Entscheidung, nicht die Einnahmen des Staates zum Maßstab seines Handelns zu erklären, sondern die politisch für notwendig gehaltenen Ausgaben. Falls der Staat diese Aufgaben habe, müsse er sie erfüllen, auch wenn die Einnahmen für ihre Erfüllung nicht ausreichten. Es war damals die Rede von der öffentlichen Armut und dem privaten Reichtum.

Mit dieser Änderung der Sicht der Dinge wurde eine Entwicklung in Gang gesetzt, die bereits Ende der 70er Jahre zu einer nachhaltigen Erhöhung der Staatsschuld führte. Einen ersten Höhepunkt erlebte sie mit den Tarifforderungen des öffentlichen Dienstes. Zweistellige Gehaltserhöhungen wurden zugebilligt. Aber schon vorher waren Entscheidungen getroffen worden, die sich bis heute auswirken. Dazu gehörte die Entscheidung, die Arbeitszeit in Deutschland – die Lebensarbeitszeit, die Jahresarbeitszeit und die Wochenarbeitszeit – dramatisch zu kürzen. Dies ohne Rücksicht auf die Frage, ob die Produktivitätssteigerungen diese Kürzungen rechtfertigten. Die Folgen dieser Arbeitszeitverkürzungen zeigten sich in einem wachsenden Arbeitskräftemangel. Er wiederum brachte uns den ersten großen Strom von Zuwanderern ins Land. Hätte man Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre die Arbeitszeit unter dem Eindruck des „Wirtschaftswunders“ nicht gekürzt, wären die so genannten Gastarbeiter oder späteren Fremdarbeiter in diesem Umfang nicht notwendig gewesen.

So haben wir eine Entwicklung in Gang gesetzt, in deren Verlauf wir den Blick für das Verhältnis von Leistungsfähigkeit des Landes und den Ansprüchen der Menschen an das Land und an ihr eigenes Leben zunehmend aus dem Auge verloren haben. Es ist wichtig, dies festzustellen. Denn wir werden diese Entwicklungstendenzen nur verändern und ihre Konsequenzen nur überwinden können durch eine gemeinsame Anstrengung. Dies bedeutet keineswegs, dass ich einer Großen Koalition das Wort rede. Eine Große Koalition unter den gegenwärtigen Bedingungen würde die Kartellstrukturen eher fortsetzen, die uns in der Vergangenheit an einer wirklichen Reform unseres Landes gehindert haben, als sie auflösen. Was wir heute brauchen, ist der Wettbewerb der Ideen: ein Wettbewerb, in dem nach den Antworten auf die neuen Herausforderungen gesucht wird, die wir überwiegend schon kennen. Wir haben, um es auf den Punkt zu bringen, in Deutschland kein Erkenntnisproblem. Wir haben ein Umsatzproblem. Dieses Umsatzproblem haben wir, weil unser Denken verhaftet ist in Strukturen, die durch die veränderte Wirklichkeit zunehmend überholt worden sind.

Kann die Politik die Ursachen und Folgen dieser Entwicklung der zurückliegenden 25 bis 30 Jahre allein überwinden? Die eindeutige Antwort lautet: Sie kann es nicht. In weiten Bereichen, auch denen der Unternehmerschaft, hat sich in Deutschland die Vorstellung eingebürgert, es gebe in diesem Land eine Art Arbeitsteilung zwischen Politik und Wirtschaft dergestalt, dass die Wirtschaft für die Erzeugung der Güter für den Export und für den Lebensstandard der Bevölkerung zuständig sei und die Politik für die Rahmenbedin-

gungen und die politische Gestaltung des Gemeinwesens. Dass man deshalb alles, was im politischen Bereich zu geschehen habe, den Politikern überlassen solle und sich selbst nicht engagieren müsse. Diese Betrachtung unserer politischen Lage und der Wege, wie wir unsere Stärke zurückgewinnen können, ist unproduktiv. Wir alle sind auf die eine oder andere Weise politisch verantwortlich. Es hat keinen Sinn, in Deutschland von einer Bürgergesellschaft zu reden und diese Gesellschaft gleichzeitig unpolitisch zu definieren. Das braucht man Hamburger Bürgern nicht unbedingt zu erklären: Denn Hamburger Bürger wissen, dass das Wohl der Stadt von ihrem Mittun abhängig ist. Aber dieses Wissen ist nicht in ganz Deutschland in gleicher Weise verbreitet. Es ist für mich ein Ärgernis, wenn Unternehmer erklären, sie hätten die deutsche Staatsangehörigkeit, seien aber in Wirklichkeit Weltbürger. Sie würden sich als solche die Regionen oder Länder suchen, in denen sie sich am besten entfalten könnten. Es geht nicht an, dabei unberücksichtigt zu lassen, dass sie alles das, was sie gelernt haben und jetzt einsetzen können, dem Land verdanken, aus dem sie stammen, und die Zugehörigkeit zu diesem Land auf ihre Staatsangehörigkeit zu begrenzen.

Wer als verantwortlicher Unternehmer so handelt, kann von den Bürgerinnen und Bürgern, die seine Wahlmöglichkeit nicht haben, kaum erwarten, dass sie in solchen Äußerungen den Eindruck eines besonders fortschrittlichen, globalen Denkens erkennen. Was sie in solchen Äußerungen in Wirklichkeit sehen, ist, dass sie von den Eliten im Stich gelassen werden. Wir müssen deshalb, wenn wir gemeinsam erfolgreich sein wollen, die uns gestellten Aufgaben als gemeinsame Aufgaben annehmen und bei ihrer Bewältigung, jeder an seine Stelle, mitwirken.

Wir müssen uns dabei auch mit den Ursachen für die schwindende Fähigkeit der Politik in unserem Lande befassen, das Land zu führen, ihm Ziele vorzugeben und an diesen inhaltlichen Zielen die Politik für das Land auszurichten. Tocqueville ist bereits mit seiner Beobachtung zitiert worden, dass politisches Handeln bestimmten Gesetzmäßigkeiten unterliege. Es ist richtig, dass Politiker nur dann für Veränderungen eintreten, wenn sie deren Mehrheitsfähigkeit mehr oder weniger gewiss sein können. Das heißt aber, dass Parteien der Mitte nicht der ideale Ort für Innovationen sind, weil sie auf die Erhaltung von Mehrheiten in der Mitte abzielen und Mehrheiten in der Regel nicht der Ausgangspunkt von Innovation und Veränderungen sind. Reformbereit wird die politische Mitte wohl erst, wenn Reformen auch nach ihrer Überzeugung unausweichlich geworden sind. Dies ist in der Regel dann der Fall, wenn die neuen Wirklichkeiten sie unausweichlich erzwingen.

Aber es ist keine sehr kluge Politik, sich für Reformen auf diesen Zusammenhang zu verlassen. Denn die Kosten der Reformen, wenn sie gewissermaßen im letzten Augenblick stattfinden, sind ungewöhnlich hoch, und das Risiko, dass in Krisenzeiten zugleich die Strukturen oder Institutionen beschädigt werden, mit denen wir ein freies Land regieren, ist beachtlich. Aus der Tatsache, dass es in vielen Bereichen nicht zu rechtzeitigen Reformentwicklungen gekommen ist, den Schluss zu ziehen, die Demokratie selbst sei als solche nicht reformfähig, ist jedoch unzulässig. Tocqueville hat in seinen Beobachtungen zu den Vereinigten Staaten nicht nur die Hemmnisse beschrieben, die sich Politikern in den Weg stellen, deren Handeln durch die regelmäßig wiederkehrende Notwendigkeit geleitet wird, in Wahlen Mehrheiten zu gewinnen. Er hat auch die außergewöhnliche Gestaltungs- und Innovationsbereitschaft der Bürger beobachtet, die das Land mitgestalten und voranbringen. Dieser Aspekt des politischen Lebens eines Volkes bedarf in der Bundesrepublik Deutschland dringend der Belebung und Aktivierung.

Weiterhin müssen wir uns klar machen, dass in Deutschland im politischen Bereich in den letzten 30 Jahren Strukturen entstanden sind, die man als Kartellstrukturen bezeichnen kann und die weit in das Gefüge der Gesellschaft hineinreichen. Ich bin von Ausbildung und Beruf Wettbewerbs- und Wirtschaftsrechtler. Mit den Folgen der Kartellierung einer Gesellschaft für ihre Freiheitlichkeit habe ich mich zum ersten Mal in einem Aufsatz 1956 befasst. Die Bedeutung dieser Folgen für ein rechtsstaatliches und demokratisches Gemeinwesen und seine Bürgergesellschaft haben mich seitdem beschäftigt

und durchziehen meine ganze Arbeit wie ein roter Faden. Viel verdanke ich meinen Lehrern Franz Böhm und Heinrich Kronstein und meinem Kollegen Ernst Joachim Mestmäcker hier in Hamburg.

Kartelle, das können wir aus der deutschen Geschichte lernen, sind für ein freiheitliches Land gefährlich. Die Weimarer Republik ist unter anderem daran gescheitert, dass die damalige Wirtschaft völlig durchkartelliert war. Es gab keinen wirklich freien Wettbewerb mehr. Schon in der letzten Zeit des 19. Jahrhunderts und bis zur Weimarer Republik hatte man versucht, mit Kartellen den Veränderungen der Märkte entgegenzutreten und sie so weit wie möglich zu verhindern. Außenseiter wurden als Leute dargestellt, die die Bürger als Kunden gefährdeten, weil sie ihnen nicht durch ein Kartell geprüfte Angebote machten. Die Kartellierung der deutschen Wirtschaft war in den späten 20er Jahren so weit vorangeschritten, dass die Nationalsozialisten die privatrechtliche Planwirtschaft später zur Grundlage ihrer Vierjahrespläne machen konnten.

Man muss diese Erfahrung mit Kartellstrukturen nur auf die Sozialpolitik übertragen, um zu erkennen, dass sich im Rahmen des „Sozialstaates“ ähnliche Phänomene entwickelt haben wie seinerzeit im Rahmen des „Wirtschaftsstaates“. Entstanden ist eine sich immer weiter ausdehnende Struktur, die nicht die demokratische Ordnung selbst als Ordnungsprinzip in Frage stellt, wohl aber zu wesentlichen Fehlentwicklungen führt, die ihre Lebensfähigkeit beeinträchtigen. Es ist schon eine eindrucksvolle Tatsache, dass über ein Drittel des gemeinsam erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukts in der Bundesrepublik Deutschland durch Arbeitgeber, Gewerkschaften, Sozialpolitiker im Bundestag und den Bundesarbeitsminister im Wege der Selbstverwaltung verfügt wird. Und dies ohne wirkliche Transparenz und Durchsichtigkeit und Rechenschaft darüber, was verfügt wird, zu wessen Gunsten verfügt wird, mit welchen Wirkungen und zu welchen Kosten.

Machen wir es an einem Vergleich deutlich: Wer für 1000 Euro eine Aktie erwirbt, erhält in jedem Jahr einen Geschäftsbericht, dessen Klarheit dank gesetzgeberischer Anleitung auch in den letzten dreißig Jahren wesentlich verbessert wurde. Er kann also, notfalls mit Hilfe anderer oder mit Hilfe eines anderen, verstehen, was mit seinem Geld im Unternehmen geschehen ist. Zahlt er 10 000 Euro in die gesetzliche Rentenversicherung ein, wird ihm niemand Auskunft darüber geben, was mit dem Geld geschieht, wer es nach welchen Gesichtspunkten erhält und welche möglichen Forderungen an die Rentenkasse ihm aus seinen Zahlungen in Zukunft erwachsen. Viele wissen nicht einmal, dass sie mit ihren Beiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung nicht für ihr Alter vorsorgen, sondern das Alteneinkommen ihrer Eltern finanzieren und dass die Leistungsfähigkeit des Systems, ihnen im Alter ein vergleichbares Alterseinkommen zu sichern, davon abhängt, dass dann Menschen bereit sind, die gleichen Leistungen zu erbringen, wie sie sie für ihre Eltern erbracht haben.

Mehr als die Hälfte der Bürger in der Bundesrepublik Deutschland haben noch vor wenigen Jahren geglaubt, die Beiträge, die sie in die Rentenversicherung einzahlen, würden in einer Art Kasse aufbewahrt, um später an sie als Rente ausgezahlt zu werden. Die Menschen kennen die Zusammenhänge eines Umlagesystems nicht. Das Sozialkartell ist nicht daran interessiert, diese Zusammenhänge transparent zu machen. Dies hat schon Pater von Nell-Breuning in den fünfziger und sechziger Jahren mit wachsender Sorge festgestellt. Ihm schien das Interesse der Sozialpolitiker vor allem darin zu bestehen, das System so zu organisieren, dass keiner wisse, welche Zusammenhänge zwischen den eigenen Beiträgen und den späteren Ansprüchen bestehen.

Tatsächlich konnte ich im Laufe meiner politischen Tätigkeit kein Interesse des sozialpolitischen Kartells erkennen, die Bevölkerung über die jeweilige sozialpolitisch relevante Wirklichkeit und ihre Veränderung aufzuklären.

Aus dem sozialen Rechtsstaat ist der Sozialstaat geworden. Seine selbstverwaltete zentralistische Organisation ist zu einem Staat im Staate mutiert. Der im Grundgesetz angelegte soziale Rechtsstaat hat sich zu einem Herrschaftssystem entwickelt, das sich, jedenfalls bis vor kurzem, praktischer politischer Kontrolle weitgehend entzogen hat. Denjenigen in beiden großen

Volksparteien, die das System de facto politisch leiten, ist es in den letzten Jahrzehnten gelungen, die Erwartungen, die die Bürger an das System stellen, ständig zu steigern und die Ansprüche, die sie durch steigende „Sozialsteuern“ zu erwerben hoffen, ständig zu erhöhen. Wir sollten dafür nicht in erster Linie die Bürger des Landes selbst verantwortlich machen. Verantwortlich sind vor allem diejenigen, die die Einlösbarkeit ständig steigender Ansprüche behauptet haben und jetzt mit der Tatsache konfrontiert sind, dass sie sie in dem versprochenen Umfang nicht einlösen können.

Dass die Ansprüche gefährdet erscheinen, dass der Sozialstaat an seine Grenzen gestoßen ist und jetzt Schritt für Schritt bereits Versprochenes oder als Erwartung in Aussicht Gestelltes zurücknehmen muss: Darüber sind die Menschen in Deutschland zutiefst verärgert. Daraus erwächst ihre Verunsicherung und Sorge. Beides kann, wenn der Zustand der Unsicherheit und der unkalkulierbaren Risiken fort dauert, zu einer echten Gefährdung der Akzeptanz unserer demokratischen Ordnung führen. Einer Ordnung, die sich zum Zeitpunkt ihrer Entwicklung Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre völlig darüber im Klaren war, dass die Ausgestaltung eines sozialen Rechtsstaates eine wesentliche Voraussetzung für die Akzeptanz der neuen Ordnung durch die Bevölkerung sein werde. Nur wenn wir uns über diese Zusammenhänge Klarheit verschaffen, werden wir in der Lage sein, die Ursachen der jetzt eingetretenen Krise zu erkennen und damit auch geeignete Wege zu finden, sie zu überwinden.

Was nun hat sich seit den Aufbaujahren in den letzten dreißig Jahren, von denen ich hier rede, verändert? Zunächst: Es ist Großes geleistet worden. Unser Land ist zu einem der herausragendsten Staaten der Welt geworden mit einer Infrastruktur, die sich in der ganzen Welt sehen lassen kann. Das Brutto sozialprodukt hat sich in dieser Zeit real verfünffacht. Mit ihm sind die Bruttohaushaltseinkommen gewachsen. Seit den achtziger Jahren hat sich das Wachstum der Nettoeinkommen der Bevölkerung jedoch wesentlich verringert. Eine zunehmende Steuer- und Abgabenlast hat den Nettoanteil am erarbeiteten Einkommen relativ schrumpfen lassen. Die Expansion des Sozialstaates und die Expansion allgemeiner staatlicher Aktivitäten haben zu einem dramatischen Anstieg des Staatsanteils am Bruttoinlandsprodukt geführt. Von 30 Prozent in den 50er Jahren ist er auf gut 50 Prozent in unserer Gegenwart angewachsen.

Unter dem Eindruck einer scheinbar umfassenden sozialen Absicherung der Bevölkerung hat sich auch in deren Einstellung zur verantworteten Freiheit eine Veränderung ergeben. Zunehmend ist an die Stelle der Bereitschaft zur eigenen Verantwortung die Illusion getreten, eine Gesellschaft erlaube die Verwirklichung der eigenen Persönlichkeit ohne Übernahme der damit verbundenen Verantwortungen und Risiken. Die Bewältigung der wesentlichen Lebensrisiken wurde zunehmend dem Staat zugeordnet, und dieser war nur zu gerne bereit, mit Verantwortung auch zusätzliche Macht zu übernehmen. Bis gegen Ende des letzten Jahrhunderts wurde den Menschen versichert, die Renten seien sicher, obwohl das Gegenteil immer offensichtlicher wurde und es unverantwortlich war, Fünfzigjährige und Jüngere weiterhin im Glauben zu lassen, das Alterseinkommen sei gesichert. Man hat die Illusion der umfassenden Versorgung auch dann noch aufrecht erhalten, als deutlich wurde, das derartige Versprechen nicht mehr eingelöst werden konnten. Man hat die Menschen damit in Versuchung geführt, vom Staat weiter zu erwarten, was er nicht zu leisten im Stande ist.

Auch in diesem Zusammenhang bin ich mit meinem Lehrer Franz Böhm der Meinung, dass wir für diese Entwicklung nicht in erster Linie die Bevölkerung verantwortlich machen dürfen. Verantwortlich sind vor allem diejenigen, an deren Urteil sich die Bevölkerung orientierte. Wenn Regierungen den Eindruck erwecken, eine dauerhaft zuverlässige, also nachhaltig wirksame umfassende Versorgung existiere, dann ändern die Menschen ihr Verhalten. Sie sehen nicht mehr selbst eine NOTwendigkeit – NOT großgeschrieben – vorzusorgen. Sie gehen vielmehr davon aus, dass Steuern und Abgaben ihre Vorsorge ersetzen können. Der Staat hat mit seinem Versprechen einer umfassenden Vorsorge für den Großteil der Bevölkerung die Versuchung begründet,

auf eigene Vorsorge weitgehend zu verzichten. Die Bürger sind dieser Versuchung zum Opfer gefallen. Sie haben den vom Sozialstaat offerierten „Trade off“ staatliche Sicherheit gegen personale Verantwortung akzeptiert. Aus der Freiheit wurde Selbstverwirklichung ohne Verantwortung.

Diese emanzipatorische Entwicklung, die wir auch, aber nicht nur, den Achtundsechzigern verdanken, hat sich bis heute fortgesetzt. Sie geht Hand in Hand mit einer zunehmenden Gegenwartsorientierung. Dies hat auch mit unserer demographischen Entwicklung zu tun: Wenn sich immer mehr Menschen im aktiven Leben, die Familien gründen könnten oder gegründet haben, in einem fortwährenden Plebiszit dazu entscheiden, immer weniger Kinder zu haben, dann verändert die Gesellschaft als Ganzes ihre Perspektiven. Es sind Veränderungen, die wir akzeptieren müssen. Aus dieser gegenläufigen Entwicklung entsteht ein Paradoxon: Die Bürger verlangen immer mehr Sicherheit vom Staat und sind zugleich immer weniger bereit, die dafür notwendigen Voraussetzungen – Humankapital und Geldkapital – zu schaffen oder bereitzustellen, auch deshalb, weil sie die Zusammenhänge zwischen zukünftiger eigener Sicherheit und auf die Zukunft gerichteten eigenen Leistungen nur unzureichend erkennen können. Der Sozialstaat hat diese Zusammenhänge – zwischen Steuern und Beiträgen auf der einen und staatlichen Leistungen auf der anderen Seite – scheinbar aufgelöst. Wüssten die Bürger zum Beispiel, dass sie sich selbst einen Nachteil zufügten, wenn sie Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung unberechtigterweise in Anspruch nehmen, würden sie sich voraussichtlich anders verhalten. Keine Privatversicherung käme auf die Idee, ohne derartige Rückkopplungen, ohne einen Regelkreis zwischen in Anspruch genommener Leistung und eingezahlter Prämie Versicherungsleistungen in fast jedem Umfang zu versprechen. Aber jeder Versuch in der Vergangenheit, solche Regelkreise und Rückkopplungen durch Prämiensysteme oder auf andere Weise herzustellen, sind am Machtwillen des Sozialstaates gescheitert. Prämiendifferenzierungen durch unterschiedliche Formen der Selbstbeteiligung, Regelkreise, die das Verhalten der Versicherten durch das Versprechen entsprechender Prämien beeinflussen können und damit Wahlmöglichkeiten der Versicherten selbst, führen zu Vielfalt und zu Wettbewerb, und Wahlfreiheit fördert machtwortverringende Entwicklungen. Wettbewerb sei – hat Franz Böhm mir einmal gesagt – das beste Mittel, Macht zu verhindern. Deshalb ist es so schwierig, in diesem Bereich Wettbewerb einzuführen. Denken Sie an die Proteste, die die Technikerversicherung in dem Gesundheitsbereich ausgelöst hat, als sie angeboten hat, mehrere Policen aufzulegen und den Versicherten auf diese Weise Wahlmöglichkeiten einzuräumen. Es war nicht die Police, die die Gegner dieser Maßnahme gestört hat, sondern es war die Wahlfreiheit; denn wenn ich eine Wahlfreiheit begründe, bin ich rechenschaftspflichtig für die jeweiligen Alternativen und deren Wirkungen. Wenn ich aber ein geschlossenes System habe, tritt diese Rechenschaftspflicht sehr viel später ein, nämlich erst dann, wenn die Kassen leer sind, und dann ist es zu spät für Reformen. Dann entstehen soziale Umbrüche, und diese sozialen Umbrüche sind durch zwei Eigenschaften gekennzeichnet: durch die Verweigerung der Solidarität durch die Starken und durch den nicht mehr vorhandenen Schutz der Schwachen. Das heißt, sie sind das Unsozialste, was man sich vorstellen kann.

Wir haben seit den siebziger Jahren in Deutschland Zukunftsbedürfnisse zunehmend weniger berücksichtigt. Unsere Ausbildung und Bildung ist nicht zukunftsorientiert. Wir beklagen stattdessen, dass die Kinder nicht das lernen, was sie brauchen, um mit der Zukunft fertig zu werden. In allen Bereichen der Gesellschaft halten wir an erprobten Mustern und Strukturen fest. Wir nehmen nicht zur Kenntnis, dass sich unsere Gesellschaft in den letzten vierzig Jahren grundlegend verändert hat. Der Übergang von der Industriegesellschaft zur Wissensgesellschaft ist nicht vom Staat organisiert worden. Seine Einrichtungen wehren sich ja gerade gegen die Konsequenzen dieser Veränderungen. Wir alle sind es, die die Veränderungen der Wirklichkeit bewirkt haben, Naturwissenschaften, Technik, Kaufleute, Exporteure, Unternehmer, Facharbeiter. Wir haben die Veränderungen gewollt, und wir haben sie gemeinsam bewirkt. Sie müssen nun Eingang finden in die Veränderung

unserer gesellschaftlichen Strukturen, in die Entwicklung neuer Wege, um auf neue Fragen neue Antworten geben zu können. Die IG Metall will jetzt in Ostdeutschland die Fünfunddreißigstundenwoche durchsetzen. Dies in einem Teil Deutschlands, in dem wir um jeden Arbeitsplatz kämpfen. Arbeitsplätze, auf denen die Menschen auch 40 Stunden arbeiten würden, wenn sie ihn dadurch sichern könnten. Ein Streik um die 35-Stunden-Woche kommt einem auf dem Rücken der Bürger ausgetragenen Rückzug einer Organisation gleich, die in der Industriezeit verankert ist und mit der Wissensgesellschaft nichts anfangen kann.

Denn die Organisationsformen, die sich in der Wissensgesellschaft entwickeln und deren wir uns in ihr bedienen werden, haben eine bedeutsame Eigenschaft: Sie bevorzugen Netzwerke gegenüber hierarchischen Strukturen. Sie erschließen uns damit völlig neuartige Wertschöpfungsmöglichkeiten. Dies gilt insbesondere für die dramatische Ausdehnung der Dienstleistungen aller Art und der Veränderungen der Rolle von Kapital und Wissen. Auf den Punkt gebracht: Früher hat die Arbeit den Kapitalgeber gesucht, der Arbeitsplätze schaffen konnte. Heute sucht der Kapitalgeber das Wissen, weil er Wissen mit Kapital verbinden muss, um Ertrag erzielen zu können. Was industriell im Bereich der Standardproduktion bewältigt wird, wandert aus unserem Land aus. Produktionen werden schon jetzt nach Tschechien verlagert, nach Polen, nach Ungarn oder in die Baltischen Staaten, aber auch nach China und Indien. Die klassische industrielle Produktion wandert in andere Regionen ab, weil man mit dem weltweit präsenten technischen Wissen und einer disziplinierten und ausreichend ausgebildeten Bevölkerung überall gute Autos bauen kann. Warum soll man sie dann in einem Land bauen, in dem die Lohnkosten insgesamt so hoch sind, dass nur noch in Deutschland produzierte Luxusgüter erfolgreich weltweit vertrieben werden können. Das heißt: Wir werden auch weiter erfolgreiche Anbieter von hochwertigen Gütern bleiben. Aber die Produktion der Massenware wird einen immer geringeren Ertrag abwerfen. Und wenn wir in diesem Zusammenhang die Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland in den Blick nehmen, ist heute schon vorhersehbar, was wir in den kommenden Jahren als die eigentlichen Quellen der Wertschöpfung in unserem Land entwickeln müssen, wenn unser Land seinen Wohlstand erhalten, geschweige denn steigern will.

Hier kommt nun in der Tat Zukunftsorientierung zum tragen. Die wichtigste Investition in die Zukunft ist die Ausbildung der nachwachsenden Jahrgänge und Generationen. Dass hier große Defizite entstanden sind, verdanken wir ebenfalls einer zu stark ausgeprägten Gegenwartsorientierung. Mit Zukunftsfragen haben wir uns bisher kaum beschäftigt. Wir haben sie entweder nicht zur Kenntnis nehmen wollen, oder wir haben sie unterdrückt, weil uns die damit verbundenen neuen Fragen irritiert haben. Letzteres gilt zum Beispiel für die Debatte über die Alterssicherung.

Wir müssen lernen, dass sich unsere Gesellschaft nur entwickeln kann, wenn in ihr gestritten wird. Ich bin wahrlich kein Sozialdemokrat, kein Förderer Gerhard Schröders oder der Sozialdemokraten. Dass der Bundeskanzler den Streit über die zukünftige Entwicklung wesentlicher Strukturen unseres Landes in seiner Partei und mit der Bevölkerung jetzt austrägt oder erträgt, wird ihm jedoch eines Tages als eine positive Leistung beschieden werden. Dies ganz gleich, ob er gewonnen hat oder verliert. Kartelle aufbrechen bedeutet Unordnung schaffen. Deshalb werden Kartelle immer wieder mit dem Argument geschützt, sie sorgten für Ordnung und Ordnung sei fast so gut wie Sicherheit. Sicherheit wollen die Menschen haben. Sie sind bereit, für Sicherheit eine Ordnung weiter zu unterstützen, die eigentlich keine Sicherheit mehr gewährleisten kann, weil sie mit der Wirklichkeit nicht mehr übereinstimmt.

Das gegenwärtige Sozialsystem stimmt nicht mehr mit der Wirklichkeit überein. Das Gleiche gilt für die Tarifpolitik. Forderungen, wie sie derzeit von der IG Metall durchgesetzt werden sollen, stimmen nicht mehr mit der Wirklichkeit überein. Ich kann mir nicht vorstellen, dass in den nächsten Jahren diejenigen, die über das Wissen verfügen, welches das Kapital sucht, darauf angewiesen sein werden, sich gewerkschaftlich zu organisieren, um im Span-

nungsfeld mit dem Kapitalgeber ihre Interessen wahren zu können. Wahrscheinlich werden sie es nicht verstehen, dass man ihnen den Vorschlag macht, sich kollektiv zu organisieren. Denn sie werden die gesuchtesten Leute im Land sein.

Dass wir noch weit von dieser Erkenntnis entfernt sind, zeigen die Debatte über die Einführung von Studiengebühren und die Proteste der jungen Leute. Ich weiß nicht, ob unsere Studenten begriffen haben, wie wichtig es ist, auch gegen Zahlung von Studiengebühren an einer Universität zu studieren, die sie in besonderer Weise dafür qualifiziert, später zu den gesuchtesten Fachleuten zu gehören. Wüssten sie es, dann wüssten sie, dass man in sein eigenes Wissen und Können investieren muss und dass diese Investitionen ebenso wertvoll sind wie die Investitionen des Handwerksmeisters, der Maschinen kauft oder die Kosten für seine Meisterprüfung selbst übernimmt.

Derartige Veränderungen im Denken sind unerlässlich, wenn wir in unserem Land weiterkommen wollen. Wir müssen den Jüngeren erklären, dass der Spruch „Nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen wir!“ heute noch genauso modern ist wie zu meiner Zeit oder der Zeit meiner Eltern. Nur müssen wir ihn heute viel konkreter fassen. Für das Leben lernen muss heißen für wichtige Aufgaben, für wirtschaftlichen Erfolg lernen und dabei die Fähigkeit zu erwerben, ein ganzes Leben lang weiter lernen zu können.

Und wir müssen bereit sein, auch die Sozialpartnerschaft zwischen Unternehmen und Gewerkschaften zu überdenken, die uns in der Vergangenheit erst beim Aufbau unseres Landes geholfen und dann mit der expansiven Entwicklung des Sozialstaates zunehmend Schwierigkeiten bereitet hat. Dazu nur ein Beispiel: Seit vielen Jahren werbe ich in Deutschland bei Unternehmen dafür, dass sie ihre Mitarbeiter über den Umfang der wahren Lohnkosten aufklären. Diese Mitarbeiter lesen im Wirtschaftsteil der Zeitung: „Lohnkosten sind zu hoch.“ Dann prüfen sie, was sie tatsächlich netto verdienen und fragen sich: „Irgendetwas stimmt da nicht! Das kann es doch nicht sein. Ich bekomme doch gar nicht so viel mehr.“ Was ist die Ursache dieses Widerspruchs? Sie liegt in den so genannten Lohnnebenkosten, die sich, wenn man alles zusammenrechnet, inzwischen zu den Lohnhauptkosten einschließlich Steuern und Abgaben entwickelt haben. Die Menschen sind über die Entwicklung unzureichend informiert. Wer unwissend ist, den kann ich für ein Verhalten, das mit den Bedürfnissen der Zeit und der Zukunft nicht länger übereinstimmt, nur begrenzt verantwortlich machen.

Also müssen wir die Menschen aufklären. Diese Aufklärung können wir kaum allein von der Politik erwarten. Meine Erfahrung sagt mir vielmehr: von der Politik erst mit einer wesentlichen zeitlichen Verschiebung. Diese zeitliche Verschiebung kostet viel Geld. Das heißt, wir müssen selbst an der Aufklärung mitwirken.

Aufklärung: Was heißt das? Aufklärung in diesem Zusammenhang heißt, die Menschen über die Wirklichkeit von heute und morgen aufzuklären und ihnen dabei – ohne irgendwelche Vorwürfe oder Besserwisserei – zu sagen, was man an neuen Herausforderungen gemeinsam bewältigen muss. Nehmen wir einmal an, die Unternehmen im Land würden den Arbeitnehmern zweimal im Jahr zusammen mit ihrem Lohn- oder Gehaltszettel einen Auszug aus dem Gehalts- oder Lohnkonto zusenden, auf dem alle Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Arbeitsplatz dargestellt sind, also die gesamten Lohnkosten. Das heißt, die Arbeitnehmer- ebenso wie Arbeitgeberbeiträge, die Umlagen, die auf dem Arbeitsplatz liegen, die sich aus Krankheit oder sonstiger Abwesenheit ergeben. Kurz: eine vollständige Transparenz der Arbeitskosten herstellen.

Aus dieser Aufstellung könnte der Arbeitnehmer entnehmen, dass der Anteil, den sein Nettoeinkommen an den Gesamtaufwendungen des Arbeitgebers hat, in der Regel kleiner als 50 Prozent ist. Diese Information würde die Arbeitnehmer veranlassen, auf andere Weise über Steuern und Beiträge zu diskutieren als bisher. Es würde ihn darüber aufklären, dass der Arbeitgeberanteil eben nicht vom Arbeitgeber aufgebracht wird, sondern vom Arbeitnehmer ebenso verdient werden muss wie der Arbeitnehmeranteil. Ich bin sicher, dass derartige Informationen, derartige Transparenz zu einer neuen und ande-

ren Diskussion über die soziale Ordnung in Deutschland führen würde. Wir hätten eine andere sozialpolitische Debatte.

Diese Sicherheit resultiert aus einer einfachen Überlegung. Der normale Facharbeiterhaushalt in der Bundesrepublik Deutschland verfügt heute über mehr Möglichkeiten selbstständiger Lebensgestaltung als der normale bürgerliche Haushalt zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Dieser normale Arbeitnehmerhaushalt baut Häuser, reist in die ganze Welt, kauft Autos, schließt Versicherungen ab, disponiert sehr intelligent über seine Ressourcen, auch über die Möglichkeit der sozialen Systeme – soweit er sie beeinflussen kann – lässt sich beraten und weiß, wie man Kosten sparen und Abgaben vermeiden kann. Das heißt, dieser Arbeitnehmerhaushalt verfügt über ungewöhnlich viel mehr Wissen als zum Beispiel der Facharbeiter der 50er Jahre. Er verfügt auch über eine wesentlich höhere Kaufkraft. Er setzt sie auch anders ein. Es sei denn, er tritt durch das Tor in den Sozialstaat. Wenn er dieses durchschreitet, ist er unmündig. Im Rahmen des Sozialstaates bleibt ihm nicht viel zur eigenen Entscheidung. Alternativen stehen ihm nicht zur Verfügung. Er hat keine Wahlmöglichkeiten. Er kann an der Gestaltung des Systems, an der Bewältigung seiner Lebensrisiken praktisch nicht mitwirken. Er kann seine Intelligenz nicht zum Zwecke der Optimierung des Systems einbringen.

Genau dies müssen wir ändern. Denn ohne die Mitwirkung des einzelnen Bürgers wird es nicht möglich sein, die Bevölkerung im positiven Sinne für Veränderungen im sozialen Bereich zu gewinnen. Solange die Menschen nicht wissen, wie die gegenwärtige Situation wirklich beschaffen ist und welche Alternativen, das heißt Veränderungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, werden sie jeden Eingriff in ihren gegenwärtigen sozialen Besitzstand als eine Gefährdung empfinden. Denn sie kennen weder die Zusammenhänge noch die Risiken der gegenwärtigen Sozialsysteme und sind deshalb anfällig für selbst unsinnigste Argumente.

Auf einer der Regionalkonferenzen, die Bundeskanzler Schröder kürzlich veranstaltet hat, ist der stellvertretende Vorsitzende seiner Fraktion aufgetreten und hat das Konzept des Kanzlers mit dem klassischen rhetorischen Repertoire des Sozialpolitikers gegen sozialpolitische Reformen angegriffen. Von der „Abrissbirne“ war die Rede – im Übrigen keineswegs eine sozialdemokratische Erfindung –, von all den anderen „Bedrohungen“, die den Menschen aus derartigen Reformen erwachsen, von Ellenbogenkapitalismus, dem sie hilflos ausgeliefert seien.

Der Umstand, dass es in Deutschland bisher gegen eine derartige Demagogie keinen wirklichen Widerstand gegeben hat, ist vor allem darauf zurückzuführen, dass den Menschen die Informationen fehlen, die sie in die Lage versetzen würden, derartige Reform-Bekämpfung-Strategien zu durchschauen und zu erkennen, dass sie nicht der Sache dienen, sondern der Verteidigung überholter Besitzstände.

Es ist notwendig, die Menschen auch über die demographische Veränderung aufzuklären. Das gilt insbesondere für die geburtenstarken Jahrgänge. In diesen Jahrgängen sehe ich die Hoffnungsträger für ein wiedererstarkendes Land im Sinne der Fragestellung dieses Festvortrages. Sie werden, unterstützt durch die Erfahrungen der Älteren, unteestützt – so hoffe ich – durch die Funktionsebenen unseres Landes, diejenigen sein müssen, die als die größte Gruppe der aktiven Bevölkerung die Zukunft gestalten. Es wird eine Zukunft sein, die grundlegend anders aussieht, als meine Zukunft in der Zeit aussah, als ich vor fünfunddreißig Jahren an der Bochumer Universität lehrte. Wir sind die Eltern. Wir – das heißt meine Generation – sind die Eltern der geburtenstarken Jahrgänge. Wir waren damals 35 oder 40 Jahre alt, hatten drei, vier oder fünf Kinder, bauten Häuser und pflanzten ein Leben voller Zuversicht in eine zuversichtliche Zeit.

Unsere Kinder verhalten sich anders. Sie haben weit weniger Kinder – das ist ihr gutes Recht –, aber sie ziehen daraus keine Konsequenzen. Denn sie werden über die Zusammenhänge, die zwischen ihrem Verhalten und der späteren Entwicklung des Landes stehen, nicht ausreichend aufgeklärt. Wären sie aufgeklärt, wüssten sie, wie wichtig es für sie ist, den wenigen Kindern die denkbar beste Ausbildung zukommen zu lassen und zugleich ausreichend

Kapital zu bilden, um die Arbeitsplätze der späteren Erwachsenen besser ausstatten zu können, als sie heute ausgestattet sind. Denn nur so, durch optimale Ausbildung des geringeren Nachwuchses und seine Ausstattung mit ausreichendem Kapital, kann es uns gelingen, den Lebensstandard aufrecht zu erhalten, an den wir uns gewöhnt haben.

Dass eine Aufklärung über diese Zusammenhänge notwendig ist, ist offensichtlich. Aber auch sie wird nicht in erster Linie durch die Politik erfolgen. Wir alle müssen daran mitwirken. Vor allem müssen wir die Journalisten gewinnen, daran mitzuwirken. Die Medien haben hier eine Schlüsselrolle. Aber auch hier gibt es Anlass zu Optimismus. Die geburtenstarken Jahrgänge wachsen zunehmend in die wichtigsten journalistischen Tätigkeiten und Positionen hinein. Und sie stellen fest, dass sie von den Folgen unterlassener Veränderungen selbst betroffen sein werden. Es wird nicht mehr möglich sein, Unerledigtes auf die nächste Generation abzuschieben.

„Not macht erfinderisch“, sagt der Volksmund. In meiner Generation konnte man noch ohne Schwierigkeiten die Zukunftsprobleme auf spätere Generationen verschieben. So schien es jedenfalls. Denn man war ja nicht betroffen. Die heutigen Journalistinnen oder Journalisten im Alter zwischen 35 und 47 Jahren haben erkannt, dass ihre Kinder – unsere Enkel – nicht bereit sein werden, höhere Lasten zu übernehmen, als die jetzige Generation sie für zumutbar hält. Ich werde unsere Enkel, solange ich kann, dabei unterstützen. Die Folge einer solchen Entwicklung wäre, dass die heute Aktiven im Alter kaum mit einer höheren gesetzlichen Alterssicherung rechnen können als einer Grundsicherung, die etwa die heutige Sozialhilfe plus fünf Prozent umfasst.

Die Erkenntnis solcher Zusammenhänge macht nachdenklich. Die heute Aktiven erkennen, dass man die Hypotheken unterlassener Gegenwartsaufgaben nicht mehr auf die Zukunft verschieben kann, ohne selbst davon betroffen zu werden. Dies ist ein Vorteil. Man könnte sagen, ein zwischen den Generationen angelegter Regelkreis beginnt zu wirken. Die nachwachsenden Generationen, also unsere Enkel, werden argumentieren: Wir werden genau das leisten, was ihr geleistet habt. Eine größere Last übernehmen wir nicht. Denn ihr selbst habt sie – in der gleichen Höhe – als unzumutbar abgelehnt. Generationengerechtigkeit bedeutet jedoch, dass ihr uns nicht mehr zumuten könnt, als ihr euch selbst zugemutet habt!

Mit dieser allgemeinen Formel können unsere Enkel hervorragend bestehen. Sollten die heute Aktiven später den Versuch machen, ihnen von Gesetzes wegen doch höhere Zumutungen aufzubürden, so wären jedenfalls die Befähigteren, die Begabteren und die besser Ausgebildeten unter ihnen in der Lage, sich im großen Raum der Europäischen Union zu bewegen und so dem Druck im eigenen Lande auszuweichen. Die Europäische Union und die Europäisierung der Freiheit in ihr wird ihnen jede Möglichkeit dazu bieten.

Die Folgen werden große soziale Spannungen und Schwierigkeiten sein, die von der Generation der jetzt Aktiven ertragen werden müssen. Ihnen dies vor Augen zu führen bedeutet zugleich den Druck zu erhöhen, ohne den Reformen nicht in Gang kommen. Alle Voraussetzungen dafür, dass die jetzt gestaltenden Jahrgänge – die aktiven geburtenstarken Jahrgänge – diesen Druck zu spüren bekommen, sind vorhanden. Deshalb ist die Aussicht, Reformen der Ordnung der Arbeit und der sozialen Systeme wirklich in Gang zu setzen, heute so viel besser als zu der Zeit, zu der sie eigentlich schon hätten in Angriff genommen werden müssen. Was wir jetzt benötigen, ist das intensive Gespräch und die Auseinandersetzung über die Art der Veränderungen und ihrer Ziele. Ich bin sicher, dass gerade diese Auseinandersetzungen einen großen aufklärerischen Wert haben.

Ich bin fest entschlossen, genau so zu argumentieren; dem ich räume ohne weiteres ein, dass Tocqueville insoweit Recht hat. Der Druck muss groß genug sein, damit sich etwas verändert. Alle Voraussetzungen dafür, diesen Druck auf die jetzt gestaltenden Jahrgänge und Generationen auszuüben, sind vorhanden. Wir brauchen lediglich wiederum das Gespräch, und wir brauchen die Auseinandersetzungen. Ich bin sicher, dass gerade diese Auseinandersetzungen einen großen informativen Wert haben.

Erst wenn um die Veränderung der gesetzlichen Alterssicherung wirklich gestritten wird, beginnen die Bürger, Berichte in den Zeitungen zu lesen oder im Fernsehen anzuhören, die sich mit den Veränderungen befassen. Wenn sie auf Berichterstatter, Journalisten oder Diskutanten treffen, die ihnen sagen können, warum diese Veränderungen notwendig sind, dass sie möglich sind und dass sie nicht mit dem Risiko belastet sind, im Alter zu verarmen, sind sie ungewöhnlich aufgeschlossen. Das heißt, sie akzeptieren Erklärungen, die ihnen deutlich machen, dass die Reformen ihnen helfen und dass unterbliebene Reformen ihnen schaden. Die Frage, um die es dabei geht, lautet: „Was geschieht, wenn nichts geschieht? – Und was muss geschehen, damit nicht geschieht, was geschieht, wenn nichts geschieht?“

Diese Frage sollte man immer wieder stellen. Ihre Beantwortung geht jeder Reform voraus. Sie liefert die Gründe dafür, warum wir etwas tun müssen. Dass wir etwas tun müssen, wird inzwischen allgemein eingesehen. Was jetzt notwendig ist, ist, die Umsetzung entwickelter Konzepte vorhandener Ideen zu erleichtern und damit zu ermöglichen. Auch an dieser Aufgabe müssen wir alle mitwirken.

Zum Verhältnis von Politik und Bürgergesellschaft habe ich bereits etwas gesagt. Es gibt hier keine Arbeitsteilung zwischen Politik und Bürgergesellschaft in dem Sinne, dass die Politik für den staatlichen und die Bürgergesellschaft für den privaten Bereich zuständig ist. Alle sind Teil der Politik. Wichtig ist, dass der Staat sich zurücknimmt. Dass er mehr Raum lässt für Bürgerbeteiligung und Bürgergestaltung. So allgemein gesagt klingt dies sehr einfach. Tatsächlich bedeutet es, dass weite Bereiche des Gesellschaftlichen, die bisher vom Staat besetzt waren, wieder in die Verantwortung des Bürgen zurückgegeben werden. Besser gesagt, dass den Bürgern die Gestaltungsfreiheit zurückgegeben wird, die sie bisher dem Staat im Austausch zu mehr versprochener Sicherheit überlassen haben. Die Ausübung von Bürgerfreiheit ist mit Risiken verbunden. Das Basisrisiko muss deshalb nach wie vor abgesichert werden. Aber mehr nicht. Wenn der Staat Vollversicherung der Bürger anbietet und die Bürger sie annehmen, sprechen wir von einer Vollkaskogesellschaft. In Wirklichkeit haben wir es mit einer Politik zu tun, die eine Vollkaskosicherung verspricht. Noch nie hat der Staat dieses Versprechen wirklich einhalten können.

Die Begrenzung des Staates auf seine wesentlichen Aufgaben ist aber auch deshalb notwendig, weil der starke Staat, den wir brauchen, um durch schwierige Zeiten zu steuern, immer nur ein begrenzter Staat sein kann. Ein Staat, der alle Probleme schultert, ist ein schwacher Staat, abhängig von allen möglichen Einflüssen, Interessengruppen, Verbänden und Kartellen.

Dass die Sachverhalte aufgeklärt und erforscht werden müssen, die nach freiheitlicher Gestaltung verlangen, habe ich ebenfalls bereits begründet. Das Gleiche gilt für die Kosten, für die tatsächlichen realistischen Zukunftserwartungen, für Folgen der Verteilungspolitik ebenso wie für die gegenwärtig politisch notwendigen Maßnahmen. Vor allem aber gilt es für die Entwicklung von Alternativen. Warum kann man die Arbeitslosenversicherung nicht anders gestalten, als sie heute ist? Warum kann man nicht drei Policen anbieten, eine Vollkaskopolice mit hohen Beiträgen, die einen Versicherungsschutz für bis zu 32 Monate Arbeitslosigkeit gewährt. Eine Teilkaskopolice, die wesentlich preiswerter ist, aber davon ausgeht, dass die ersten drei Monate Arbeitslosigkeit vom Arbeitnehmer selbst bezahlt werden und er sich auf ein solches Risiko auch selbst vorbereitet. Dabei muss man wissen, dass etwa ein Drittel der Arbeitslosigkeit nicht länger als drei Monate dauert, dass jedenfalls in den zurückliegenden Jahren diese drei Monate Arbeitslosigkeit häufig auch geplant wurden. Der Arbeitnehmer kannte längst seinen neuen Arbeitgeber, nahm aber drei Monate Arbeitslosigkeit und damit ein Überbrückungsgeld in Anspruch, um private Dinge zu regeln. Ein System, das für derartige „individuelle Optimierungen“ keine Sanktionen bereithält, in der die individuelle Optimierung de facto als allgemein anerkannte Regel gilt, kann vom versicherten Arbeitnehmer nicht verlangen, dass er die moralische Kraft aufbringt, der damit angelegten Versuchung zu widerstehen. Wenn eine Ordnung derartige Versuchungen begründet, muss sie sich den Vorwurf gefal-

len lassen, selbst unmoralisch zu sein, aber nicht derjenige, der der Versuchung nachgibt.

Tatsächlich kann man den Bürgern auch in den sozialen Systemen Wahlrechte einräumen. Ihre Inanspruchnahme führt in der Regel zu einer höheren Effizienz. Denn die Versicherten entscheiden nach unterschiedlichen Gesichtspunkten, nach dem, was für sie jeweils richtig und was falsch ist. Zu den Bereichen, in denen derartige Wahlrechte entwickelt werden können, gehört auch die Pflegeversicherung. Die unterschiedliche Vergütung für Pflege zu Hause durch Angehörige oder in Heimen hat dazu geführt, dass der in Rehabilitations- oder Altersheimen untergebrachte Teil der alten Bevölkerung von vier auf fast 30 Prozent gestiegen ist. Diejenigen, die sich bisher in der häuslichen Pflege engagiert hatten, konnten sich auf der Grundlage einer allgemeinen, scheinbar solidarischen Verpflichtung gewissermaßen freikaufen. Alle Einwände, die bei ihrer Einführung gegen die Pflegeversicherung vorgetragen wurden, haben sich heute als richtig erwiesen.

Auch im Bereich von Schule, Bildung und Wissenschaft ist mehr Wettbewerbsbereitschaft notwendig. Um sie zu gestalten und zur Selbstverständlichkeit werden zu lassen, brauchen wir nicht nur die Politiker, sondern auch die Bevölkerung. Dabei ist wichtig zu erkennen, dass Wettbewerb nicht gleichgesetzt werden kann mit Ellenbogengesellschaft. Wettbewerb bedeutet Ringen um die besten Lösungen für neue Herausforderungen. Er bedingt die Offenheit einer Gesellschaft, die es ermöglicht, diese Antworten im Wettbewerb zu finden. Wettbewerb bedeutet, dass Fehlentscheidungen Einzelner korrigiert werden können. Fehlentscheidungen zentraler Bürokratien und Strukturen – wie zum Beispiel im Bereich der Altersvorsorge – sind, außer durch politische Katastrophen, kaum korrigierbar. Wie schwierig es ist, sie in evolutionären Prozessen zu korrigieren, erleben wir derzeit.

Allgemein gesprochen: Wir müssen Vormundschaften beseitigen. Woran unser Land zunehmend leidet, sind staatliche, sozialpolitisch begründete Vormundschaften. Lassen Sie mich das an Hand der Erfahrungen, die ich in zwölf Jahren Arbeit im östlichen Teil Deutschlands gesammelt habe, erläutern. 1990/1991 sind die Menschen in Ostdeutschland mit großer Begeisterung in eine neue Ordnung eingetreten. Diese Ordnung war eine Ordnung der Freiheit, der Freizügigkeit des freien Wortes und der Freiheit vor der Angst einer Diktatur. Aber schon wenig später haben sie gefragt, wie es denn möglich sei, dass die bürokratische Bevormundung in Westdeutschland sich nicht wesentlich von der bürokratischen Bevormundung unterscheidet, die sie aus ihrer eigenen Vergangenheit kennen. Die Bauern in Sachsen haben mit großer Bewunderung, aber auch Verwunderung gefragt, wie es möglich sei, dass der europäische Agrarmarkt umfassender reguliert sei, als sie es früher erlebt hätten. Sie waren zutiefst davon beeindruckt, dass die europäischen Behörden die Größe der Rapsfelder mit Hilfe von Satelliten vermessen, um sicherzustellen, dass niemand unzulässigerweise Subventionen erhält.

Aus allgemeiner Rhetorik und politischen Programmen zu schließen, will Deutschland eine Bürgergesellschaft entwickeln. Derzeit existiert noch keine Bürgergesellschaft in Deutschland. Wir sind eine Arbeitnehmersgesellschaft geworden, in der unternehmerische Tätigkeit in viel zu geringem Umfang stattfindet, in der die Zusammenhänge zwischen Konsumentenverhalten und Entstehen von Arbeitsplätzen weitgehend unbekannt sind, in der jemand, der sich dafür entscheidet, Unternehmer zu sein und Arbeit für andere zu schaffen, durch ein Netzwerk von Regeln überzogen wird, die allesamt dem Schutz der Arbeitnehmer und der Öffentlichkeit vor Missbrauch und Ausbeutung dienen sollen, in der der junge Meister, der sich selbstständig macht, erklären muss, warum er sich für die Selbstständigkeit und nicht für einen ordentlichen Arbeitsplatz mit 35-Stunden-Woche, sechs Wochen Urlaub, Weihnachtsgeld und sozialer Absicherung entscheidet. All dies sind Prägungen, die aus der Entwicklung zur Arbeitnehmersgesellschaft entstammen und auf deren Grundlage eine Bürgergesellschaft sich nur schwer entwickeln kann.

Sie werden mich zum Schluss fragen, kann man all die Veränderungen schaffen, die notwendig sind? Ich kann Ihnen die Frage nicht abschließend beantworten. Entscheidend wird sein, ob wir die zahlreichen Schwierigkei-

ten, vor denen wir stehen, mit Resignation beantworten oder als Herausforderung und damit eine Aufforderung zum Aufbruch ansehen. Dieser Aufbruch muss von den Menschen ausgehen. Für die politische Klasse, für diejenigen, die in der Politik und in den Verflechtungen und Vernetzungen von Verbänden, Kommissionen, Organisationen, Runden Tischen, konzertierten Aktionen und Bündnissen verhaftet sind, besteht die Aufgabe zunächst darin, sich aus dieser Vergangenheit zu befreien. Dabei handelt es sich um eine Befreiung aus der industriepolitisch definierten Vergangenheit, noch nicht um Zukunftsgestaltung. Was dann, morgen und in den nächsten Jahren zu geschehen hat, muss im besten Sinne des Wortes aus gesellschaftlichen Innovationen und Initiativen hervorgehen. Auf den notwendigen Freiraum für Innovationen und Initiativen haben wir einen Anspruch. Der richtet sich zum Beispiel gegen die traditionelle Tarifpolitik. Es ist ein Unding, Arbeitnehmer in hochtechnologisierten Betrieben durch Tarifvertrag daran zu hindern, mit Hilfe ihres Betriebsrates mit dem Arbeitgeber über gemeinsame Strategien und über den Anteil zu sprechen, den jeder am betrieblichen Erfolg haben soll. Es ist ein Anachronismus, die Regelung von Fragen dieser Art an den Hauptsitz einer Gewerkschaft nach Frankfurt, Berlin, Hamburg oder Hannover zu verlagern oder zentrale Entscheidungen zu treffen, die auf die jeweiligen Bedürfnisse neuartiger betrieblicher Entwicklungen nur wenig Rücksicht nehmen können.

In dieser Feststellung kommt keine gegen die Gewerkschaften gerichtete Haltung zum Ausdruck. Die Gewerkschaften sind zu Dienstleistungsunternehmen mutiert. Sie sind nicht länger der Ausdruck des solidarischen Kampfes der Arbeitnehmer gegen das Kapital, sondern Teil der Gesamtordnung von Wirtschaft und Arbeit, wie sie sich in der sozialen Marktwirtschaft entwickelt hat. Der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit ist nicht mehr der gesellschaftsprägende Widerspruch, der er einst war. Deshalb müssen sich auch die Gewerkschaften den neuen Aufgaben stellen. Eigentlich müssten sie dafür werben, dass mehr Menschen Unternehmer werden, damit mehr Arbeitsplätze entstehen, auf denen mehr Menschen arbeiten können, die dann auch gewerkschaftlich organisierbar wären. Dass sich Arbeitslosigkeit durch Verringerung der Arbeitszeit bekämpfen ließe, ist eine seit langem widerlegte Illusion. Die einzige Folge einer solchen Strategie besteht darin, dass sich der Anteil von Kapital und Wissen an der Wertschöpfung vergrößert und die Zahl der Arbeitsplätze sich weiter verringert.

Dass diese Zusammenhänge klar werden, dass sie in der Praxis ihren Niederschlag finden, dass auf diese Weise Neuerungen und Weiterentwicklungen stattfinden, ist unser aller Aufgabe. Es ist zugleich ein Appell an die Arbeitgeberverbände. Überall müssen wir Selbständigkeit entwickeln.

Dies gilt auch für Schulen und Hochschulen. Es ist beunruhigend, wie klein die Zahl der Studenten an unseren Technischen Universitäten ist, die in der Lage wären, ein Unternehmen zu gründen, weil sie es nie gelernt haben. Woher sollen die Unternehmer kommen, wenn nicht aus unseren Hochschulen, aus dem Handwerk und aus selbstständigen Betrieben. Im Handwerk ist die Bereitschaft, sich selbstständig zu machen, groß. Für 70 Prozent der jungen Meisterinnen und Meister ist es ein erstrebenswertes Ziel. Ganz anders in weiten Bereichen der nachwachsenden Akademikergenerationen. Viele, zum Teil 40 bis 50 Prozent, ziehen dort eine staatliche Tätigkeit unternehmerischer Selbständigkeit vor – aus individuell durchaus nachvollziehbaren Gründen. Aber diese Gründe kann man durch Ideen, durch Erziehung, durch Erweiterung des Horizonts verändern.

Und Sie alle, die sich hier versammelt haben, müssen zugunsten der Jüngeren Ihre Erfahrungen in den Reformprozess einbringen. Business-Angels haben wir in Ostdeutschland diejenigen genannt, die gekommen waren, um junge Leute an die Hand zu nehmen und ihnen zu zeigen, wie man ein Unternehmen aufbaut. Solche Business-Angels brauchen wir in ganz Deutschland. Ob es sich dabei immer um Engel handelt, will ich dahingestellt sein lassen. Sicher ist, dass wir die Bereitschaft brauchen, mitzuhelfen. Sie werden die Erfahrung machen, dass nicht nur Ihr Geld oder das Geld der Banken, sondern vor allem Sie selbst gebraucht werden.

Wir alle wollen die Erneuerung unseres Landes und seiner Stärken. Aber es reicht nicht, diese Leistung von anderen zu erwarten. Mitzutun ist für alle Bürgerpflicht. Von dieser Bürgerpflicht können wir uns nicht freikaufen, weder durch Steuern noch durch Abgaben noch durch Spenden. Was wir brauchen, sind die Menschen selbst, die Zeit haben für unser Land. Das Land wird ihnen, wenn sie diese Zeit haben, dafür danken. ■